

OV 17.09.13 S7

Mayer sieht in Region keine Überforderung durch Migration

CDU-Europaabgeordneter erwartet durch Freizügigkeit bulgarischer und rumänischer Arbeitskräfte „neue Impulse“

Oldenburger Münsterland (su). Der Vechtaer CDU-Europaabgeordnete Professor Dr. Hans-Peter Mayer schaltet sich in die Debatte um Folgen der Freizügigkeit rumänischer und bulgarischer Arbeitskräfte ab 2014 ein. Gegenüber dem Caritas-Landesverband Oldenburg sagte Mayer gestern, „wir wollen, dass Menschen aus Rumänien hierher kommen können. Unser Land kann dadurch neue Impulse bekommen“. Umgekehrt könnten die Länder Osteuropas mit unseren Arbeitnehmern, Unternehmen und Technologien ihr Wissen erweitern.

„Damit bringen sie Europa insgesamt vorwärts“, ergänzte der heimische Europaabgeordnete.

Ab Januar gilt die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bürger aus Rumänien und Bulgarien. Dann rechnen regionale Arbeitsmarktexperten mit erhöhtem Zugang von Arbeitsmigranten ins Oldenburger Münsterland. Im Zusammenhang mit dem Missbrauch von Werkverträgen hatten Bürgermeister ihre Sorge geäußert, dass Kommunen bei der Integration überfordert würden.

Auch Mayer rechnet mit vielen Zuwanderern, weil in den



Foto: OV-Archiv / BJ

Betont Chancen: Europaabgeordneter Hans-Peter Mayer.

Heimatländern die Löhne extrem niedrig und Wohnbedingungen und Rechtssituation noch sehr zu wünschen übrig ließen. Viele Menschen aus diesen Ländern werden aus Mayers Sicht „ihr Heil und ihr Glück in

anderen Mitgliedsstaaten suchen“.

Mayer betonte aber auch, dass Deutschland als das größte Land Europas mit den besten wirtschaftlichen Möglichkeiten in der Lage sei, „Menschen aufzunehmen, wenn sie arbeiten wollen“. Eine Überforderung sieht er nicht. Allerdings: „Freizügigkeit bedeutet nicht, dass Menschen hierher kommen, um auf Kosten der Sozialhilfe zu leben.“ Das sei auch nach dem Jahreswechsel illegal, meinte Mayer.

Der CDU-Europaabgeordnete forderte allerdings stärkere Inte-

grationsbemühungen. „Wenn Kinder die Sprache des Landes, in dem sie sich aufhalten, nicht sprechen, muss man dafür sorgen, dass sie diese lernen“, erklärte Mayer. Eltern seien in der Verantwortung und sollten mit gutem Beispiel vorangehen. Rechtlich seien die Länder und Kommunen zuständig. „Da könnte von den betroffenen Kommunen durchaus eine Initiative zum Land Niedersachsen ausgehen, mit der Bitte, dass weitere konkrete Programme aufgelegt werden, um dieses zunehmende Problem zu lösen“, sagte Mayer.